

Energiewirtschaft stellt sich dem Klimaschutz – jetzt müssen auch die anderen Sektoren liefern

Die Gewerkschaft ver.di hat die Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung (WSB)“ mit erarbeitet – jetzt muss die Politik diese Empfehlungen eins-zu-eins umsetzen.

Denn unverzichtbar bei einem geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung ist, dass neben der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit von Strom auch die soziale Absicherung der Beschäftigten verbindlich geregelt wird.

Nur unter dieser Bedingung haben wir dem Kompromiss zustimmen können. Dazu Andreas Scheidt, Mitglied der Kommission: „Wir werden nicht lockerlassen, dies von der Bundesregierung einzufordern.“

Gelingt dies, ist die Energiewirtschaft bereit und in der Lage, ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele in Deutschland zu leisten. Immerhin werden damit im Jahr 2030 rund zwei Drittel der Klimagasemissionen des Jahres 1990 eingespart, so wie es die Bundesregierung für den Energiesektor vorsieht. Mehr noch: Kurzfristig wird der Energiebereich so dafür sorgen, dass das von Deutschland insgesamt (also für alle Sektoren) zugesagte Klimaziel für 2020 (minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß gegenüber 1990) im Jahr 2023 mit minus 45 Prozent sogar überkompensiert wird – leider ohne relevante eigene Beiträge aus Verkehr, Industrie, Gebäuden, Landwirtschaft.

Und damit sind wir beim eigentlichen Klimaschutz-Problem: Bisher leisten diese Sektoren keinen ausreichenden Beitrag. Im Gegenteil: Der Verkehrssektor hat seinen CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 sogar kontinuierlich gesteigert, von 163 auf 169 Mio. Tonnen. Kaum besser ist die Situation bei Industrie, Gebäuden und Landwirtschaft.

Im Klartext: Die Energiewirtschaft und ihre Beschäftigten schultern die Belastungen und Anstrengungen der Klimawende bisher weitgehend allein. Das kann und darf nicht so weitergehen!

Die Politik muss jetzt endlich tragfähige Konzepte vorlegen, wie der Klimaschutz auch in den anderen Bereichen praktisch umgesetzt werden kann. ver.di ist offen für den Vorschlag einer CO₂-Bepreisung. Klar ist aber auch: Ein derartiger CO₂-Preis ist zwingend mit einem sozialen Ausgleich zu verbinden.

Dazu geeignet wäre eine Pro-Kopf-Rückerstattung. Und wir brauchen Investitionen in einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr, vor allem auch in ländlichen und Flächenregionen. Und wir brauchen einen Anreiz für energieeffiziente Gebäudesanierung, der so ausgestaltet werden muss, dass die Kosten nicht auf die Mieter abgewälzt werden können.

